

Memorandum

Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen

Leitlinie für das Programm „Aktiv im Alter“



Sehr geehrte Damen und Herren,

das Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“ ist ein weithin sichtbares Signal und es kommt zur rechten Zeit. Die Unterzeichner zählen zu den wichtigsten gesellschaftlichen Akteuren unseres Landes. Ihre Botschaft ist klar:

Wir brauchen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen. Aber die Einrichtungen und Institutionen müssen sich auch stärker für die besonderen Wünsche und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren öffnen. Viele ältere Menschen in Deutschland sind bereit, Zeit, Ideen und Tatkraft in ganz konkrete Projekte und Prozesse im direkten Lebensumfeld einzubringen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass sie dabei auch mitplanen und mitentscheiden wollen. Den Kommunen kommt daher eine Schlüsselrolle zu. Sie sind die Moderatoren der Bürgerbeteiligung vor Ort. Ich freue mich daher sehr über den breiten gesellschaftlichen Konsens, der aus den Leitlinien und praktischen Anregungen des Memorandums spricht. Er stärkt allen den Rücken, die nicht nur auf das freiwillige Engagement älterer Menschen bauen, sondern ihnen auch die entscheidende Rolle zubilligen, die sie für ihren enormen Einsatz verdienen. Vertrauen und Verantwortung sind die stärksten Quellen der Motivation.

Unser Land verändert sich hin zu einer Gesellschaft des langen Lebens. Wir wollen diesen Wandel aktiv gestalten. Die demografische Entwicklung bietet dazu eine große Chance. Nie zuvor gab es so viele, bis ins hohe Alter gesunde und aktive Menschen. Viele von ihnen sprühen vor Einsatzbereitschaft, Tatkraft und Kreativität. Und sie werden gebraucht in Gemeinderäten, in Sportvereinen und Bürgerstiftungen, in Bibliotheken und Schulen, in der Alten- und Jugendarbeit und zahlreichen weiteren Initiativen, die unser Gemeinwesen lebens- und liebenswert machen. Wir müssen Ihnen nur die Wege öffnen.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ursula v. der Leyen'.

Ursula von der Leyen

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Der demografische Wandel stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen. Die Veränderung der Altersstruktur verlangt insbesondere in den Städten und Gemeinden nach neuen Wegen im Zusammenspiel der Kommunen, Träger, Verbände und nicht zuletzt der Bürgerinnen und Bürger.

Ein ausgezeichnetes Beispiel dieses partnerschaftlichen Miteinanders liegt mit dem Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen“ vor, das die kommunalen Spitzenverbände zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesländer, der Kirchen, der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Sportverbände und der Senioren-Organisationen erstellt. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) koordinierte das Vorhaben.

In sechs Workshops wurden Handlungsperspektiven entwickelt, die dem Alter eine aktive und sinnerfüllte Rolle in einer zukunftsfähigen Kommune geben. Die Workshops zeichneten sich durch einen ertragreichen Dialog zwischen Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft und kommunaler Praxis sowie bürgerschaftlich Engagierten aus; die Ergebnisse fasst das vorliegende Memorandum beispielgebend zusammen.

Die Zusammenarbeit soll nun auch lokal fortgesetzt werden: im Rahmen von Bürgerforen in den Kommunen, die die verschiedenen Akteure miteinander vernetzen und ältere Menschen partizipatorisch einbeziehen. Die Partnerinnen und Partner der Gemeinschaftsinitiative unterstützen das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend initiierte Förderprogramm „Aktiv im Alter“. Sie und weitere Partner werden diesen Prozess auch künftig begleiten.

So ist es an dieser Stelle nur ein sehr erfreulicher Zwischenschritt, wenn ich allen Beteiligten für ihr „Mitgestalten und Mitentscheiden“ danke. Besonders danke ich dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das es uns ermöglicht hat, unsere Vorstellungen einer Bürgergesellschaft, an der alle Altersgruppen beteiligt sind, zusammenzuführen.

Wir wissen: Das Alter ist vielfältig, die Lebenslagen älterer Menschen müssen differenziert wahrgenommen werden. Umso bedeutender ist es, dass sich ältere Menschen als Anwältinnen und Anwälte in eigener Sache einbringen – nicht nur für sich, sondern auch für andere.



Walter Link

Vorsitzender der BAGSO

I.

Präambel

Mitgestalten und Mitentscheiden – Ältere Menschen in Kommunen

Der demografische Wandel bringt für die Bundesrepublik Deutschland grundlegende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, da es künftig mehr ältere und weniger jüngere Menschen geben wird. Dieser Wechsel in der Altersstruktur geht mit großen sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen einher. Sie sind nur zu bewältigen, wenn Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam ihren Beitrag dazu leisten. In den Kommunen ist unmittelbar zu erleben, wie gut dies gelingt.

Seniorinnen und Senioren sind in immer stärkerem Maße daran interessiert, das Gemeinwesen mitzugestalten, und sind bereit, Verantwortung gegenüber der eigenen sowie den nachwachsenden Generationen zu übernehmen. Die Potenziale der Älteren sind für die Gesellschaft ein Gewinn, denn mit dem Altern steigen Lebenserfahrung und Vielfalt des Wissens.

Vorstellungen, die das Alter vorrangig als Belastung sehen, steht das bereits von vielen Menschen verwirklichte Modell eines aktiven und engagierten Alters entgegen.

Engagement braucht Partizipation und Partizipation schafft Engagement. Viele Ältere wünschen sich, in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden.

Entscheidungsträger und Verantwortliche sind daher aufgefordert, insbesondere im kommunalen Lebensumfeld bessere Beteiligungsmöglichkeiten zu fördern und auszubauen, Hemmnisse zu überwinden und mit freiwillig engagierten Menschen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Ein aktivierender Staat und die Zivilgesellschaft tragen Sorge für verlässliche Rahmenbedingungen, die Mitgestalten und Mitentscheiden ermöglichen. Kommunen und Organisationen, die das Bürgerengagement fördern, gewinnen zusätzliche Handlungsspielräume.

Als Vertreterinnen und Vertreter von Bundesländern und kommunalen Spitzenorganisationen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Seniorenorganisationen setzen wir uns für ein neues Leitbild des aktiven Alters und für eine stärkere Beteiligung älterer Frauen und Männer ein.

II.

Leitlinien

Chancen des Alters – Chancen des demografischen Wandels

Damit ältere Menschen mitgestalten und mitentscheiden können, brauchen sie Informationen, Transparenz sowie offene Kommunikationsstrukturen, die dialogorientiert, bürgernah und barrierefrei sind.

1. Die Kommunen und die das Gemeinwesen mitgestaltenden Partner wie Kirchen, Initiativen und Verbände erkennen die Chance, die in dem Potenzial älterer Menschen liegt, und werden diesem neuen Raum geben.

Sie fördern das Engagement in den bestehenden Strukturen und unterstützen die Übernahme neuer Tätigkeiten in Selbstorganisation älterer Bürgerinnen und Bürger.

Sie schaffen erweiterte Gestaltungsspielräume innerhalb ihrer Institutionen und Organisationen.

2. Ältere Menschen werden ebenso wie andere Altersgruppen in die Entscheidungsfindung bei Trägern und Kommunen einbezogen und sind in Gremien und Räten vertreten. Die vielfältigen Verfahren der Bürgerbeteiligung werden weiterhin attraktiv gestaltet.

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels wächst die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Partizipation, denn sie verbessert den Zusammenhalt aller Altersgruppen und hebt in besonderer Weise die Lebensqualität.

3. Damit ältere Menschen mitgestalten und mitentscheiden können, brauchen sie Informationen, Transparenz sowie offene Kommunikationsstrukturen, die dialogorientiert, bürgernah und barrierefrei sind.

4. Es werden Rahmenbedingungen geschaffen, damit allen Menschen unabhängig vom Bildungs- und Einkommensstand, von Geschlecht und der ethnischen Herkunft Teilhabe ermöglicht wird. Für ältere Migrantinnen und Migranten und sozial Benachteiligte sollen neue Formen des Zugangs zum Ehrenamt gefunden und unterstützt werden.

5. Mitgestalten und Mitentscheiden bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von freiwillig engagierten Menschen und Hauptamtlichen bei Trägern, Institutionen und kommunalen Verwaltungen. Weiterbildungsangebote sind deshalb auch für Hauptamtliche erforderlich.

Die Qualifizierung von Engagierten erhöht ihre Wirkungsmöglichkeiten und ist eine Form gesellschaftlicher Anerkennung.

6. Die Kommunen sehen in der Förderung von aktiver Teilhabe, von Mitgestalten und Mitentscheiden der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen eine besondere Aufgabe. Sie schaffen erweiterte und neue Ermöglichungsstrukturen für das Engagement älterer Menschen.

7. Durch eine beteiligungsfreundliche, bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur erschließen die Kommunen neue Engagementpotenziale.

Bürgerschaftliches Engagement wird in der Kommune als Querschnittsaufgabe verstanden, die träger-, institutionen- und bereichsübergreifende Kooperation erfordert.

Um die Koordination und den Erfahrungsaustausch möglichst vieler Akteure zu ermöglichen und Synergien zu fördern, werden kommunale Informations- und Kooperationsplattformen und interkommunale Kooperationen geschaffen.

8. Nachhaltiges freiwilliges Engagement erfordert Verlässlichkeit. Zu den aktivierenden Rahmenbedingungen gehören klare Regeln und eindeutige Mitbestimmungsrechte. Das erhöht die Bereitschaft älterer Menschen, ihr Wissen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gemäß einzubringen.

Eine zukunftsgerichtete Kommune gibt dem Alter eine aktive, sinnerfüllte Rolle. Das entspricht den Anforderungen des demografischen Wandels und stärkt ein realistisches Altersbild.

9. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Investition zum Nutzen des Gemeinwohls und erbringt eine hohe Wertschöpfung. Seine Ausweitung erfordert eine angemessene Finanzausstattung bei Trägern und Kommunen, die Innovationsfähigkeit wie auch Nachhaltigkeit ermöglicht.

10. Eine zukunftsgerichtete Kommune gibt dem Alter eine aktive, sinnerfüllte Rolle. Das entspricht den Anforderungen des demografischen Wandels und stärkt ein realistisches Altersbild.

III.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Memorandums

Bundesländer



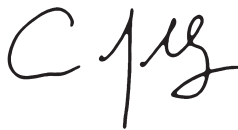
Malu Dreyer

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz



Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen



Erwin Sellering

Minister für Soziales und Gesundheit des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Kommunale Spitzenverbände und Netzwerke



Dr. Stephan Articus

Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags



Dr. Gerd Landsberg

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebunds



Ivo Gönner

Präsident des Städtetags Baden-Württemberg für das StädteNetzWerk Baden-Württemberg

Kirchen und Wohlfahrtsverbände

Prälat Dr. Peter Neher

Präsident des Deutschen Caritasverbandes



Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer des

Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband



Monika Bauer

Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Altenarbeit in
der EKD



Dr. Hermann Barth

Präsident des Kirchenamtes der EKD



Dr. Bernd Schlüter

Vorstand Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland



Senioren-Organisationen, Sportverbände und bürgerschaftliches Engagement

Walter Link

Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der
Senioren-Organisationen



Walter Schneeloch

Vizepräsident Breitensport / Sportentwicklung des
Deutschen Olympischen Sportbunds



Prof. Dr. Thomas Olk

Vorsitzender des Sprecherrats des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches
Engagement



IV.

Handlungsperspektiven

Die nachfolgenden Handlungsperspektiven geben beispielhafte Anregungen, wie die Leitlinien vor Ort umgesetzt werden können.

Die Kommune als Motor einer aktiven Altenpolitik

Alle Generationen müssen die Chance erhalten, das Gemeinwohl zu gestalten und durch ein neues gesellschaftliches Miteinander den Zusammenhalt zu fördern.

Zukunftsfähige Kommunen verstehen sich als Motor einer aktiven Altenpolitik. Sie richten ihr Handeln nach einem zeitgemäßen Leitbild vom Alter, das einerseits der Vielfalt der Lebenslagen Rechnung trägt und andererseits der Bereitschaft älterer Menschen, mit ihren Potenzialen ihr lokales Umfeld und die kommunalen Vorhaben mitzugestalten. Die Förderung von gleichberechtigter Teilhabe und der Anspruch auf Partizipation sind Voraussetzungen für eine altersgerechte Gesellschaft. Diese Entwicklungschance fordert die Kommunen, Kirchen, Verbände, Vereine und Senioren-Organisationen heraus, neue Wege zu gehen.

Infrastruktur für ein aktives Alter

Alle Generationen müssen die Chance erhalten, das Gemeinwohl zu gestalten und durch ein neues gesellschaftliches Miteinander den Zusammenhalt zu fördern.

Freiwilligenarbeit benötigt eine Infrastruktur, die bürgerschaftliches Engagement ermöglicht und als gesellschaftlichen Gewinn anerkennt.

- | Eine partizipative Bedarfsermittlung und -analyse ist die Voraussetzung für eine bürgernahe Gestaltung und Weiterentwicklung von Kommunen.
- | Parteien, Gewerkschaften, parlamentarische Gremien, Kirchen und andere Organisationen sind gefordert, günstige Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche und politische Engagement auch älterer Menschen zu schaffen. Diese müssen es ermöglichen, Altersfragen integrativ zu behandeln, die Interessen älterer Menschen wahrzunehmen und ihre Potenziale gemeinwohlorientiert zu nutzen und zu fördern.

- | Die Kommunen fördern den Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur, schärfen das fachliche Profil engagementfördernder Einrichtungen weiter und ermöglichen eine intensive Kooperation der lokalen Akteure. Begegnungs- und Anlaufstellen sollten ortsnah eingerichtet und ihre Angebote niedrigschwellig und mit lokalem Bezug konzipiert werden.
- | Der Aufbau von Netzwerken trägt dazu bei, bürgerschaftliches Engagement aufzuwerten. Auf kommunaler Ebene können wichtige Aufgaben der Kooperation und Vernetzung von Infrastruktureinrichtungen für ein aktives Alter, wie z. B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und Selbsthilfekontaktstellen, übernommen werden.
- | Projekte von Bürgerinnen und Bürgern, die Bedarfslagen vor Ort aufgreifen, sollen von den Kommunen unterstützt werden.
- | Im ländlichen Raum ist die soziale und kulturelle Versorgung mit Angeboten zur Alltagsgestaltung und zur Gesundheitsförderung sowie mit Bildungsmöglichkeiten eine besondere logistische Herausforderung. Dort, wo aufgrund der demografischen Entwicklung Probleme und Mangelsituationen bestehen, sollten diese durch innovative neue Wege, durch interkommunale Zusammenarbeit und durch die Nutzung neuer Technologien und Kommunikationsmittel aufgefangen werden.
- | Eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Seniorenarbeit und ein aktives Alter sind Mobilitätsangebote. Mobilität kann durch vielfältige Angebotsstrukturen gewährleistet werden. Der ÖPNV ist nach Möglichkeit flächendeckend zu erhalten bzw. auszubauen.

Seniorinnen und Senioren verstehen die Zukunftsentwicklung der Kommunen als intergenerationale Aufgabe.

Politische Partizipation

Ältere Menschen vertreten ihre Interessen selbst- und verantwortungsbewusst. In vielen Kommunen wirken Seniorinnen und Senioren an der politischen Willensbildung in Parteien, gewählten kommunalen Vertretungen, Seniorenbeiräten und Seniorenvertretungen mit. Sie verstehen die Zukunftsentwicklung der Kommunen als intergenerationale Aufgabe.

- | In den gewählten Gremien der Kommunen sollte ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Generationen und Geschlechtern bestehen. Kandidaturen von älteren Menschen, die ihre Berufstätigkeit oder die Familienphase beendet haben, sind erwünscht und sollten gefördert werden.

- | Die Parteien können die Kompetenzen der Älteren in den Fraktionen besser nutzen, wenn sie bei der Besetzung von Positionen lebens- und berufserfahrene Personen z. B. als sachkundige Bürgerinnen und Bürger einbeziehen.
- | Damit die unterschiedlichen Lebenslagen älterer Menschen differenzierter wahrgenommen und berücksichtigt werden, ist die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und politischen Entscheidungsträgern zu verbessern. Dies kann beispielsweise durch die Zusammenarbeit mit Senioren-Organisationen, runder Tische und Bürgerbefragungen gewährleistet werden.
- | Seniorenvertretungen und -beiräte können hierzu entscheidend beitragen. Die Mitwirkung der Seniorenvertretungen im Sinne des gewünschten und notwendigen bürgerschaftlichen Engagements kann gefördert werden, wenn sie Informations- und Mitsprachemöglichkeiten in der Rats- und Kreistagsarbeit haben. Sie sollten nach Möglichkeit von den älteren Bürgerinnen und Bürgern gewählt sein.
- | Wichtig ist eine frühzeitige und bürgernahe Information über kommunale Planungen und Entwicklungen. Eine Beratungs- und Mitwirkungskultur, die auch ältere Bürgerinnen und Bürger anspricht, ist erstrebenswert.

Wohnen und Wohnumfeld

Viele ältere Menschen wollen möglichst lange in der eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld leben. In den Kommunen finden die Wünsche Älterer nach Erhaltung ihrer Selbständigkeit wie auch nach situationsgerechter Unterstützung zunehmend Eingang in Planungsprozesse.

Viele ältere Menschen wollen möglichst lange in der eigenen Wohnung und im gewohnten Umfeld leben. In den Kommunen finden die Wünsche Älterer nach Erhaltung ihrer Selbständigkeit zunehmend Eingang in Planungsprozesse.

- | Kommunen brauchen eine Bedarfs- und Bestandsanalyse, um die Situation vor Ort beurteilen und gestalten zu können. Sinnvoll ist eine koordinierende Stelle mit der Aufgabe, lokale Angebote zu erfassen und daraus planerische Konzepte und Handlungsempfehlungen zu entwickeln. Hierbei sollten ältere Menschen aktiv einbezogen werden. Zu einer objektiven Beurteilung ihrer Wohnsituation und des Wohnumfeldes benötigen sie geeignete Instrumente wie z. B. Checklisten.
- | Wohnungsanpassung ist eine geeignete Maßnahme, um Selbständigkeit im Alter und bei Behinderung zu erhalten. Ein bedarfsgerechter Ausbau von Beratungsstellen ist notwendig. Bei Beratungen werden vielerorts entsprechend geschulte, freiwillig tätige ältere Menschen einbezogen.

- | Gemischte Wohnformen und generationsübergreifendes Wohnen sind zu unterstützen.
- | Barrierefreiheit muss im Wohnquartier durchgängig geschaffen werden. Sie erfordert die Kooperation von Kommunen, Anbietern und Bürgerinnen und Bürgern in den Wohngebieten.
- | Eine barrierefreie Gestaltung des Wohnumfeldes kann den Aktionsradius im Alter erhalten, zur Entwicklung von Nachbarschaften beitragen und die selbständige Lebensführung bis ins hohe Alter erleichtern.
- | Der Auf- und Ausbau lokaler „Aktivitätszentren“ fördert die gesellschaftliche Teilhabe. Neben altersbezogenen Treffpunkten sollten auch generationsübergreifende und interkulturelle Orte der Begegnung geschaffen werden.

Nachbarschaftshilfen und Dienstleistungen

Ein gutes Zusammenspiel von sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und professionellen Dienstleistungen unterstützt ältere Menschen bei der Aufrechterhaltung einer selbstbestimmten Lebensführung. Viele Seniorinnen und Senioren bringen sich mit ihren Potenzialen in diesen Netzwerken ein.

- | Die Angebote (Wohnen, Unterstützung, Kommunikation) für ältere Menschen müssen vorrangig im nahen Wohnumfeld verankert sein. Eine wichtige Voraussetzung für ihre Nutzung ist eine gute Information durch die Anbieter.
- | Selbstorganisierte Projekte sollten Unterstützung finden. Ein Netz der Nachbarschaftshilfe braucht Raum, Zeit, Geld und Geduld. Hierzu können auch die Bürgerstiftungen beitragen.
- | Die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich zu engagieren, wächst mit den Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Systeme, in denen Haupt- und Ehrenamtliche professionell zusammenarbeiten, müssen partnerschaftlich angelegt sein.
- | Um möglichst lange das Leben alter Menschen am vertrauten Ort gewährleisten zu können, ist es notwendig, dass unterschiedliche Träger ihre Leistungen aufeinander abstimmen und verlässliche Kooperationen vereinbaren. In Nachbarschaften können Frühwarnsysteme entstehen, die auf unentdeckte Bedarfslagen hinweisen.

Ein gutes Zusammenspiel von sozialen Netzen, Nachbarschaftshilfen und professionellen Dienstleistungen unterstützt ältere Menschen bei der Aufrechterhaltung einer selbstbestimmten Lebensführung.

Im Rahmen der Daseinsvorsorge haben die Kommunen den Sicherstellungsauftrag für Aufbau und Qualität der Angebote. Maßgeblich eingebunden sind Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände, Privat- und Sozialwirtschaft, Selbst- und Nachbarschaftshilfen sowie die Wohnungswirtschaft. Gewerbliche und freigemeinnützige Angebote sollten mit den selbstorganisierten Nachbarschaftshilfen und den frei entstehenden Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern vernetzt sein.

Ältere Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, ihre Verbraucherinteressen einzubringen, und als Nutzer von Dienstleistungen an der Planung und Entwicklung von Angeboten beteiligt werden.

Sport, Gesundheit, Prävention

Gesundheit ist nicht Voraussetzung, aber eine wesentliche Erleichterung zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe im Alter. Maßnahmen, die der Gesundheitsförderung dienen, begünstigen eine selbständige und aktive Lebensgestaltung und genießen eine hohe Wertschätzung bei älteren Menschen.

Gesundheitsfördernde Maßnahmen sind auch bis ins hohe Alter erfolgreich durchführbar und wirksam zur Wahrung körperlicher und geistiger Funktionen. Einer regelmäßigen Bewegungsaktivität kommt zentrale Bedeutung zu.

Gesundheit ist nicht Voraussetzung, aber eine wesentliche Erleichterung zur Sicherung der gesellschaftlichen Teilhabe im Alter.

Das Wissen um die gesundheitsfördernde Bedeutung und die Wirkungsmöglichkeiten von Bewegung, Spiel und Sport im Alter ist besser zu verbreiten.

Barrieren des Zugangs zu Bewegungsaktivitäten und Sport für Ältere sind abzubauen. So sind u. a. der Ausbau wohnortnaher Bewegungsangebote sowie Angebote zu fördern, die auch ohne die Voraussetzung einer Vereinsmitgliedschaft wahrgenommen werden können.

Gesundheitsfördernde Angebote gelingen besonders, wenn ältere Bürgerinnen und Bürger als Multiplikatoren für ihre Altersgenossen mitwirken und sich auch an der Kinder- und Jugendarbeit der Vereine beteiligen. Es sollten attraktive Betätigungsfelder ausgewiesen und eine Vernetzung z. B. mit den örtlichen Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen sowie anderen kommunalen Akteuren vorangetrieben werden.

Den Sportvereinen wird empfohlen, ihr Angebotsspektrum für die verschiedenen Zielgruppen der Älteren stetig zu erweitern und dabei deren spezielle Bedürfnisse und Erwartungen zu berücksichtigen.

- | Die Kommunen sollten gemeinsam mit Vereinen und gesellschaftlichen Gruppen die örtliche Bedarfs- und Angebotssituation analysieren und bei der Erstellung von Sportentwicklungsplänen berücksichtigen.
- | Die Beratung und Aufklärung zu Gesundheitsfragen sollte in Zusammenarbeit mit den Kommunen organisiert werden.
- | Die Kommunen sollten im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten dafür Sorge tragen, dass die ärztliche und pflegerische Versorgung auch künftig gewährleistet ist.

Bildung und Kultur

Ältere Menschen, die mitgestalten und mitentscheiden wollen, benötigen Information, Reflexion, Kommunikation und Erfahrungsaustausch.

Zum Selbstverständnis unserer Gesellschaft tragen Kultur und Bildung entscheidend bei. Ältere Menschen nutzen und schaffen vielfältige kulturelle Angebote. Sie nehmen an Bildungsangeboten teil und initiieren sie auch selbst.

In einer alternden Gesellschaft hat Altenkultur einen eigenen Stellenwert. Sie bringt die Themen Älterwerden und Altsein in den öffentlichen Raum und macht Zeitgeschichte erlebbar.

| Volkshochschulen, kirchlichen Bildungseinrichtungen, Seniorenakademien und anderen kommen wichtige Aufgaben für unterschiedliche Zielgruppen zu. Ihre Angebote sollten untereinander abgestimmt werden, der Vielfalt des Alters Rechnung tragen und auf den Prozess des Älterwerdens vorbereiten.

| Zugänge zu Bildung sollten erweitert werden. Hierzu gehört auch, dass Bildungsmöglichkeiten barrierefrei gestaltet werden und an die Lern- und Lebenserfahrungen anknüpfen.

| Zugangsbarrieren können durch dezentrale Veranstaltungsorte und mobile Angebote verringert werden.

| Bildungsprozesse für ein aktives Alter dienen der Persönlichkeitsentwicklung und dem Erwerb und der Erweiterung von Kompetenzen für Partizipation und bürgerschaftliches Engagement.

In einer alternden Gesellschaft hat Altenkultur einen eigenen Stellenwert. Sie bringt die Themen Älterwerden und Altsein in den öffentlichen Raum und macht Zeitgeschichte erlebbar.

- | Von Kommunen und Trägern sollten Qualifizierungsangebote für Führungsaufgaben und zur Übernahme neuer Verantwortungsrollen im Ehrenamt bereitgestellt werden. Haupt- und Ehrenamtliche können in gemeinsamen Weiterbildungen mit- und voneinander lernen.
- | Altenkultur braucht eine entsprechende Infrastruktur in den Kommunen. Dazu gehört die Öffnung etablierter Kultureinrichtungen für die Altenkultur.

Die Umsetzung dieser Handlungsperspektiven nützt dem Einzelnen und der Gesellschaft und trägt zur Entwicklung eines realistischen Altersbildes bei.

Wenn sich Einrichtungen und Institutionen künftig mehr für das Engagement Älterer öffnen und erweiterte Möglichkeiten des Mitgestaltens und Mitentscheidens bieten, wird das der steigenden Verantwortung älterer Menschen in der Gesellschaft gerecht.

Herausgeber:

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)

Bonngasse 10

53111 Bonn

Tel.: 0228/249993-0

Fax: 0228/249993-20

E-Mail: memorandum@bagso.de

Internet: www.bagso.de

Bezugsquelle:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09

18132 Rostock

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: www.bmfsfj.de

Gefördert vom:



**Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend**

**Ausführliche Informationen
finden Sie unter:**

www.alter-schafft-neues.de